Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe: ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 115 (2018)

Heft: 1

Artikel: Wohnen: eine sozialpolitische Baustelle

Autor: Michel, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839860

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wohnen – eine sozialpolitische Baustelle

- Ein Perspektivenwechsel: In der wirtschaftlichen Sozialhilfe fliessen 40 Prozent in den Grundbedarf, wovon vor allem der Detailhandel und die Infrastrukturanbieter profitieren. Weitere 15 Prozent gehen an Krankenkassen, Spitäler, Ärzte und den Pharma-Bereich, für die damit das Verlustrisiko wegfällt. Noch einmal 15 Prozent gehen an Heime, Schulen, Optiker, Zahnärzte, Vereine und so weiter sowie an situationsbedingte Leistungen. Die verbleibenden 30 Prozent gehen an die Vermieterinnen und Vermieter, die durch die Finanzierungssicherheit einen Anreiz haben, auch armutsgefährdete Menschen mit Wohnraum zu versorgen.

Bei 2, 6 Milliarden Franken Sozialhilfe jährlich ergibt dies rund 900 Millionen Franken Steuergelder, die an Vermieter in der ganzen Schweiz gehen. Ein schöner Batzen für ein grosses Engagement. So weit, so gut und toll, dass dieses System bis heute an den meisten Orten recht gut funktioniert. Die Wohnversorgung, der Wohnbedarf

und die Wohnkosten entwickeln sich nicht parallel. Finanzbranche und Pensionskassen suchen gewinnoptimierte Investitionsmöglichkeiten; Minimalmieten und kleine Wohnungen gehören bis heute nicht zum favorisierten Investitionsvolumen. Die Sozialhilfe und alle Menschen in prekären Lebenssituationen sind aber auf günstigen und ihrer Lebenssituation angemessenen Wohnraum angewiesen. Über die Hälfte sind Einzelpersonen. Doch kleine Wohnungen sind - gerade in den Ballungsräumen und verteilt auf Quartiere und Gemeinden - Mangelware. Auch die Kostenentwicklung ist problematisch, was politisch via Sozialhilfe lautstark kritisiert wird. Gegenüber den Kostentreibern gibt sich die Politik hilflos. Die Mieten steigen trotz Leerständen seit Jahren überproportional, genauso wie die Gesundheitskosten. Für die Sozialhilfe sowie für die Steuerzahlerinnen und -zahler ist es unabwendbar, diese Entwicklungen in Frage zu stellen. Die Wohnraumverknappung in vielen Ballungszentren sorgt für eine weitere Komponente.

In gefragten Wohngegenden gehen die Sozialhilfezahlen zurück, während anderswo Ghettos drohen. Die Mietkosten steigen überproportional, und die Gemeinden müssen selbst in den sozialen Wohnungsbau investieren, um nicht von überrissenen Marktpreisen abhängig zu sein. Das sind politisch schwierige Prozesse, bei denen allzu oft die Direktbetroffenen die Leidtragenden sind – darunter viele Kinder in Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Fazit: Die Sozialhilfe tut gut daran, sich mit den Wohnkosten vertieft auseinanderzusetzen. Als sozialpolitisch spezialisierte Fachkräfte müssen auch die Verantwortlichen der Sozialversicherungen und Fachverbände ihren Anspruchsgruppen Möglichkeiten und Wege aufzeigen, wie mit der äusserst komplexen Thematik sinnvoll umgegangen werden kann. Noch stehen hier allzu oft politische Überlegungen ersten zaghaften Hilfen und Lösungsansätzen im Weg. Mein Ansatz: Was kostet

